



Institut
für Ostrecht

Institute for East European Law

Gefördert durch:



Deutsche
Stiftung
Friedensforschung
german foundation for peace research

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Pilotprojekt:

„Restorative Justice‘ in der Ukraine:

Die (fehlende) Aufarbeitung des Sowjetunrechts von 1991 bis heute“

Пілотний проект:

„«Відновне (реабілітаційне) правосуддя» в Україні: (відсутність)
дослідження радянської несправедливості з 1991 року до сьогодні“

Pilot Project:

„Restorative Justice in Ukraine:

(Not) Coping with Soviet State Crimes from 1991 until Today“

Working Paper Nr. 7 A / Публікація матеріалів № 7 A

Yevhen Pysmenskyy

**Das sowjetische Regime in der Ukraine and die aktuelle
ukrainische Politik zum strafrechtlichen Schutz
des historischen Erinnerns**

August 2024

Inhalt:

Einführung

- I. Die sowjetische Vergangenheit der Ukraine und ihre moderne Neuinterpretation als Erbe des totalitären Systems, das im historischen Erinnern berücksichtigt werden muss
- II. Warum braucht historisches Erinnern strafrechtlichen Schutz?
- III. Die aktuelle Strafrechtspolitik der Ukraine zum Schutz des historischen Erinnerns (in Bezug auf die Opfer und Folgen des Sowjetregimes): Eine Studie über den Stand der Gesetzgebung und ihre Entstehungsgeschichte
- IV. Anwendungspraxis des Strafrechts auf Straftäter, die Taten gegen das historische Erinnern an die Opfer und Folgen des kommunistischen totalitären Regimes begangen haben
- V. Bekämpfung der Verbreitung der rassistischen Ideologie und ihrer Symbole: eine neue Herausforderung für das Strafrecht

Fazit

Informationen zum Autor

Informationen zur Übersetzerin

Einführung

Die Frage des rechtlichen Schutzes von historischem Erinnern an die tragischen Erfahrungen des ukrainischen Volkes während der Zeit der Zugehörigkeit unseres Landes zur Sowjetunion ist im Kontext der Realität des vergangenen Jahrzehnts von besonderer Bedeutung. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass die aggressiven Handlungen der Russischen Föderation, die faktisch und rechtlich ein Nachfolger der Sowjetunion ist, gegen die Ukraine allmählich zu einer Intensivierung des Prozesses der ukrainischen Identitätsbildung geführt haben. Vor diesem Hintergrund nimmt das Interesse zu, die nationale Vergangenheit zu verstehen. Es findet auch ein Bruch mit den russischen Ansätzen zur Geschichtsdeutung statt, die auf der Ebene der staatlichen Politik entstehen. Kontroverse Fragen der gemeinsamen sowjetischen Vergangenheit wurden von der Russischen Föderation während des hybriden Kriegs (2014-2022), der dem russisch-ukrainischen Krieg vorausging, als eine Art erste Etappe genutzt. Heute kann und sollte der Schutz des historischen Erinnerns des sowjetischen Abschnitts der Geschichte als eine wichtige Komponente der nationalen Sicherheitsstrategie der Ukraine betrachtet werden. Er sollte der Faktor sein, der die Gesamtstärke des Staates und aller seiner Institutionen beeinflusst.

Leider wurde durch die Vernachlässigung dieses Thema in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit der Ukraine eine Grundlage geschaffen, die im derzeitigen Krieg gegen die Ukraine verwendet wird. Deshalb ist der Kampf um die Vergangenheit ein Kampf um die Zukunft – eine Zukunft, in der die aktuellen Ereignisse ihren Platz haben und Teil des historischen Erinnerns der ukrainischen Nation sein werden.

Der Schutz des historischen Erinnerns ist ein Problem, das mit verschiedenen Mitteln gelöst werden kann, unter denen das Strafrecht einen besonderen Platz einnimmt. Es ist gemeinhin bekannt, dass das Strafrecht eine Art chirurgisches Werkzeug in den Händen derjenigen ist, die die öffentliche Politik gestalten. Es wird als letztes Mittel eingesetzt, wenn andere Mittel nicht mehr wirksam sind. In der Ukraine wird dieses Instrument eingesetzt, um der Propaganda der totalitären Regime des Kommunismus und des Nationalsozialismus entgegenzuwirken. Das einschlägige Strafrecht wurde vor fast einem Jahrzehnt erlassen und ist in der Praxis der Strafjustizbehörden relativ häufig gefragt.

Das zeigt die *Bedeutung* des Forschungsthemas und seine Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der ukrainischen Strafrechtspolitik im Bereich des historischen Erinnerungsschutzes.

Das *zu untersuchende Problem* besteht darin, die Politik der Ukraine zum strafrechtlichen Schutz des historischen Erinnerns in Bezug auf die Opfer und die Folgen des Sowjetregimes auf der Ebene der Gesetzgebung und der Strafverfolgung zu ermitteln und zu beurteilen, ob es eine angemessene (vollständige und ausreichende) Grundlage für eine strafrechtliche Antwort auf Verstöße in dem

betreffenden Bereich gibt. Die Untersuchung dieses Themas bildet die Grundlage für die Verbesserung des rechtlichen Schutzes des historischen Erinnerns in Anbetracht der Entwicklung des aktuellen russisch-ukrainischen Kriegs.

Akademische Untersuchungen des Forschungsthemas. Straftaten gegen das historische Erinnern sind von vielen Forschern untersucht worden. Vor allem in der Ukraine wurde dieses Thema von *Y. Beklemishcheva, A. Vasiliev, S. Laba, L. Mostepaniuk, S. Mohonchuk, A. Pavlovska, O. Pyrozhenko, M. Khavroniuk, H. Yaremko* und anderen Wissenschaftlern untersucht.

Der *Aufbau der Studie* beginnt mit der Analyse der Voraussetzungen für das Strafrecht im Bereich des Schutzes des historischen Erinnerns durch einen kurzen Überblick über die sowjetische Vergangenheit der Ukraine als Erbe eines totalitären Systems (Abschnitt I). Der folgende Abschnitt zieht Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen aus Abschnitt I und erörtert weitere Argumente, weshalb das Phänomen des historischen Erinnerns von einzigartigem gesellschaftlichem Wert ist und ein Höchstmaß an rechtlichem Schutz erfordert. Abschnitt III beleuchtet gegenwärtige Ansätze zur Gestaltung der ukrainischen Strafrechtspolitik zum Schutz des historischen Erinnerns an die Opfer und Folgen des Sowjetregimes und zeigt deren Vor- und Nachteile auf. Auf dieser Grundlage wird die Praxis der Anwendung des ukrainischen Strafrechts auf Personen untersucht, die Straftaten gegen das historische Erinnern an die Opfer und die Folgen des kommunistischen totalitären Regimes begangen haben (Abschnitt IV). Die Studie schließt mit einer Analyse der neuen Herausforderungen, denen sich die Ukraine und viele andere europäische Länder gegenübersehen, insbesondere der Bekämpfung der Verbreitung der raschistischen Ideologie und ihrer Symbole (Abschnitt V).

I. Die sowjetische Vergangenheit der Ukraine und ihre moderne Neuinterpretation als Erbe des totalitären Systems, das im historischen Erinnern berücksichtigt werden muss

Das moderne und wohlhabende Finnland, das sich vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs und des Zerfalls des Russischen Imperiums am 6. Dezember 1917 für unabhängig erklärte, seine Unabhängigkeit bewahrte und weiter ausbaute, ist das Gegenteil der Ukraine, die zum günstigsten Zeitpunkt der Geschichte, am 22. Januar 1918, ebenfalls ihre Unabhängigkeit erklärte. Sie konnte diese jedoch letztlich nicht bewahren, da der bolschewistisch-ukrainische Krieg (1917-1921), in dem um die Kontrolle der ukrainischen Gebiete gekämpft wurde, mit dem Sieg der russischen kommunistischen Regierung und der militärischen Zerstörung des unabhängigen ukrainischen Staates endete¹.

¹ Die historischen Parallelen zwischen dem ersten de facto Russisch-Ukrainischen Krieg und dem aktuellen Krieg, der 2014 mit der Invasion der Krim gegen die Ukraine begann, sind äußerst anschaulich. Siehe: Збройний опір УНР проти російської агресії / Український інститут національної пам'яті [Bewaffneter Widerstand der Ukrainischen Volksrepublik gegen die russische Aggression / Ukrainisches Institut für nationale Erinnerung]. URL: <https://uinp.gov.ua/informaciyni-materialy/viyskovym/zbroynyy-opir-unr-proty-rosiyskoyi-agresiyi>.

Bereits 1922 wurde die Ukraine Teil eines einzigen vereinigten Staates – der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken – dem zukünftigen totalitären Regime, das die ukrainischen Gebiete fast siebenzig Jahre lang regieren sollte². Erst am 24. August 1991 fand die lang erwartete Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Ukraine statt, und auf den Trümmern der Sowjetunion konnte die Ukraine ein neues Kapitel ihrer Geschichte schreiben.

Die mentale Abkopplung von der sowjetischen Vergangenheit hat sich für die Ukrainer jedoch als zu schwierig erwiesen. Dies beweist einmal mehr, dass die Bindungen des Totalitarismus stark sind und die Art und Weise, wie Menschen denken und die Welt wahrnehmen, beeinflussen können. Der soziale und wirtschaftliche Abstieg in der Ukraine – wie auch in vielen anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion – und der Beginn bedeutender Transformationsprozesse, wie beispielsweise die Einführung der freien Marktwirtschaft, führten zu einer Verschlimmerung der sozialen Lage der Bürger in der ersten Phase des Staatsaufbaus. In Anbetracht der Tatsache, dass ehemalige Kommunisten (oder Quasi-Kommunisten) dies nutzten, um prosowjetische Ideen zu fördern und der sowjetischen Vergangenheit nachzutruern, blieb ihr Einfluss auf die öffentliche Politik stark. Unter diesen Bedingungen ist es nicht möglich, von der Entwicklung eines nationalen historischen Erinnerns zu sprechen, das alle Gräueltaten des totalitären sowjetischen Regimes angemessen berücksichtigen würde. Anstatt sie zu verurteilen, empfanden viele Ukrainer weiterhin Nostalgie für die sowjetische Vergangenheit, in der sie aufgewachsen waren, studiert und ihre weltanschaulichen Werte geprägt hatten.

Ungeachtet einiger Fortschritte in diesem Bereich während der Amtszeit von Präsident *Viktor Juščenko* (2005-2010) ist die Zeit seit 2014 von der größten Dynamik in der Nationsbildung, der Identitätsbildung und der Schaffung einer Kultur des historischen Erinnerns im Allgemeinen und des totalitären Sowjetregimes im Besonderen geprägt, das während des 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Ukraine gewirkt hat. Diese Entwicklung fiel, wie selbstverständlich, mit dem Beginn der ersten Phase des russisch-ukrainischen Kriegs zusammen, in der Elemente der gemeinsamen sowjetischen Vergangenheit zur Verbreitung der Kollaboration und zur Rechtfertigung der Aggression verwendet wurden. Übrigens, die Kommunistische Partei der Ukraine wurde in den Jahren 2014-2015 wegen der Beteiligung ihrer Vertreter am hybriden Krieg und an den Militäraktionen der Russischen Föderation gegen die Ukraine offiziell verboten.

Nach und nach entwickelte sich dieser Prozess so weit, dass am 13. Dezember 2022 das Gesetz der Ukraine „Über die Grundprinzipien der staatlichen Politik im Bereich der Stärkung der ukraini-

² Кульчицький С. В. СРСР, Союз Радянських Соціалістичних Республік / Енциклопедія історії України [Кульчицький С. В., SRSR, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken / Enzyklopädie der Geschichte der Ukraine]. URL: <http://www.history.org.ua/?termin=SRSR>.

schen nationalen und staatsbürgerlichen Identität“³ verabschiedet wurde. Dieses Gesetz betrachtet die Entwicklung und Umsetzung der staatlichen Politik im Bereich der Stärkung der ukrainischen nationalen und staatsbürgerlichen Identität als Bestandteil der nationalen Sicherheit der Ukraine und verbindet die ukrainische nationale Identität richtig mit dem starken persönlichen Bewusstsein der Zugehörigkeit zur ukrainischen Nation als einer ursprünglichen Gemeinschaft, die unter anderem durch historisches Erinnern verbunden ist.

Der umfassende Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, war ein bedeutender Auslöser solcher Veränderungen, nicht nur auf politischer, sondern auch auf kultureller Ebene. Die Aggression des feindlichen Staates, der versucht, die Ukrainer in die Vergangenheit zurückzudrängen, und die dabei angewandten Methoden haben viele Bürger dazu veranlasst, ihre Meinung über die sowjetische Periode der Geschichte zu revidieren. Diese Aussage wird durch die Ergebnisse von öffentlichen Umfragen bestätigt. So stimmte im Jahr 2020 etwa ein Drittel der Bürger der Entscheidung zur Verurteilung der Sowjetunion als totalitäres Regime zu, ein Drittel lehnte sie ab⁴. Anfang 2023 stimmte die Mehrheit der Ukrainer in allen Regionen (73 %) einer solchen staatlichen Entscheidung zu, während sie gleichzeitig den Zusammenbruch der Sowjetunion positiv bewertet⁵.

Die Politik des historischen Erinnerns ist ein untrennbarer Bestandteil der soziokulturellen und rechtlichen Landschaft der postkommunistischen Welt. In einer Region, die während des größten Teils des 20. Jahrhunderts von konkurrierenden Imperien und totalitären Regimen beherrscht wurde, stehen Fragen des Erinnerns und Vergessens im Mittelpunkt der nationalen Debatten⁶. Es scheint, dass die neue Phase des Kriegs in der Ukraine das Ausmaß dieser Diskussionen stark reduziert hat, und die ukrainische Nation hat vielleicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte die einmalige Chance, eine gemeinsame Vision ihrer sowjetischen Vergangenheit zu entwickeln, die sich von dem unterscheidet, was die sowjetischen Behörden selbst einst vorgeschlagen und umgesetzt haben, sowie von

³ Про основні засади державної політики у сфері утвердження української національної та громадянської ідентичності: Закон України / Верховна Рада України [Über die Grundprinzipien der staatlichen Politik im Bereich der Stärkung der ukrainischen nationalen und staatsbürgerlichen Identität: Gesetz der Ukraine / Verchovna Rada der Ukraine]. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2834-20#Text>.

⁴ The sixth year of decommunization: the attitude of Ukrainians toward prohibition of symbols of the totalitarian past / Ilko Kucheriv “Democratic Initiatives” foundation (24 July 2020). URL: <https://dif.org.ua/en/article/the-sixth-year-of-decommunization-the-attitude-of-ukrainians-toward-prohibition-of-symbols-of-the-totalitarian-past>.

⁵ Засудження СРСР, дерусифікація, Майдан – як змінюється ставлення українців до політики національної пам’яті на тлі російської агресії / Фонд «Демократичні ініціативи» ім. Ілька Кучеріва (20 січня 2023 р.) [Verurteilung der UdSSR, Entrussifizierung, Maidan – Wie sich die Einstellung der Ukrainer zur Politik des nationalen Erinnerns vor dem Hintergrund der russischen Aggression verändert / Ilko Kucheriv Stiftung „Demokratische Initiativen“ (20. Januar 2023)]. URL: <https://dif.org.ua/article/zasudzhennya-srsr-derusifikatsiya-maydan-yak-zminyuetsya-stavlennya-ukrainsiv-dopolitiki-natsionalnoi-pamyati-na-tli-rosiyskoi-agresii>.

⁶ History, memory and the politics of history / <https://www.google.com/maps/place/The+Wilson+Center/@38.8934628,-77.0325588,17z/data=!3m1!4b1!4m5!3m4!1s0x89b7b79762f518d1:0x3e73088a9489b574!8m2!3d38.8934586!4d-77.0303701> " \t " _blank. URL: <https://www.wilsoncenter.org/collection/history-memory-and-politics-history>.

dem, was derzeit von Russland entwickelt wird, das Ambitionen zeigt, den sowjetischen Raum mit allen möglichen Mitteln wiederherzustellen.

II. Warum braucht historisches Erinnern strafrechtlichen Schutz?

Das Strafrecht war noch nie für seine Stabilität bekannt, vor allem nicht in Staaten mit einer unausgereiften Demokratie, die ihre ersten Schritte im Prozess des Staatsaufbaus und der Gestaltung der Rechtspolitik machen. Die Ukraine ist einer dieser Staaten, dessen Rechtsentwicklung sich seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 in einem ständigen Wandel befindet, der zunächst auf den Übergang vom sowjetischen Rechtsmodell und später auf den Beginn des russisch-ukrainischen Kriegs zurückzuführen ist.

Im Bereich der Strafrechtspolitik zeigte sich dies in den ständigen Versuchen, das bestmögliche System von Verboten zu schaffen. Infolgedessen wurde das 2001 verabschiedete Strafgesetzbuch der Ukraine regelmäßig durch verschiedene Änderungen und Ergänzungen aktualisiert. Darunter befanden sich viele, die neue Formen von ernsthaft schädlichem Verhalten unter Strafe stellten. Leider war eine solche Kriminalisierung nicht immer sowohl gesellschaftlich als auch rechtlich sinnvoll. Die Aufgabe der Strafrechtspolitiker besteht jedoch darin, dafür zu sorgen, dass die Kriminalisierung nicht willkürlich, subjektiv und inkonsequent ist.

Um zu dieser Aufgabe beizutragen, haben Experten bekanntlich allgemeine Kriterien entwickelt, an denen sich die Feststellung der Strafbarkeit (oder umgekehrt, deren Ausschluss) orientieren sollte⁷. Nur eine Kriminalisierung auf der Grundlage dieser Kriterien (die Doktrin der Kriminalisierung) kann als wissenschaftlich fundiert angesehen werden und zur Umsetzung einer evidenzbasierten Strafrechtspolitik führen.

Dies wirft die Frage auf, ob ein Verhalten, das gegen gesellschaftliche Werte im Zusammenhang mit dem Schutz des historischen Erinnerns verstößt, kriminalisiert werden muss? Das tut es. Denn die Abwertung, Entsakralisierung und Deformierung der ukrainischen „Erinnerungskultur“ ist, wie sich aus dem oben genannten Gesetz zu Recht ergibt, ein Faktor, der die nationalen Sicherheitsinteressen der Ukraine unmittelbar betrifft, das heißt, nationale Interessen, die nur auf strafrechtlicher Ebene geschützt sind, da ihre Umsetzung die staatliche Souveränität der Ukraine und ihre fortschreitende Entwicklung gewährleistet⁸.

⁷ In diesem Beitrag werden die von M. Khavroniuk dargelegten Ansätze verwendet: Dudorov, O., and Khavroniuk M. *Kryminalne pravo: navchalnyi posibnyk* (Lehrbuch für Strafrecht). Kyiv: BAITE, 2014 (Ukrainisch).

⁸ Darüber hinaus muss ein Strafrechtspolitiker, der ein bestimmtes Verhalten unter Strafe stellen will, zunächst Informationen über die Verbreitung dieses Verhaltens sammeln und bewerten, eine Prognose über die Folgen der Einführung eines strafrechtlichen Verbots erstellen und einen Gesetzentwurf zur Kriminalisierung des betreffenden Verhaltens unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Rechtswissenschaft erarbeiten.

In dieser Argumentation zeigt ein Angriff auf die nationalen Sicherheitsinteressen der Ukraine im Bereich des historischen Gedächtnisses, dass es eine sachgerechte Grundlage für eine Kriminalisierung gibt, die vernünftigerweise mit der Fähigkeit assoziiert wird, dem Objekt des strafrechtlichen Schutzes erheblichen Schaden zuzufügen. Das historische Gedächtnis als Bestandteil der nationalen Sicherheit des Staates muss mit den Mitteln des Strafrechts geschützt werden.

Dieser Ansatz wird von vielen europäischen Ländern geteilt, von denen jedes seinen eigenen Weg zum Schutz des historischen Erinnerns durch das Strafrecht wählt. Ohne auf diesen Aspekt näher einzugehen, ist es sinnvoll, auf einige Beispiele hinzuweisen.

Insbesondere Litauens Politik ist bei der Bekämpfung der Propaganda totalitärer und autoritärer Regime und ihrer Ideologien stabil und konsequent. Angesichts des russisch-ukrainischen Kriegs wandelt sich diese Politik zudem und wird strenger. Zu den jüngsten Gesetzesänderungen in diesem Bereich merkt ein litauischer Abgeordneter an, dass Historiker bei der Erörterung der Ursachen des russisch-ukrainischen Kriegs die schlecht verstandene Ideologie des Kommunismus und der roten Diktatoren betonen, die nie für ihre Verbrechen verurteilt wurden. Deshalb ist es notwendig, volle Klarheit über die kommunistische Vergangenheit zu erlangen und die Romantisierung der totalitären Regime zu überwinden, indem man sie als ein wesentliches Übel betrachtet⁹. Da unser Fokus auf dem Strafrecht liegt, ist anzumerken, dass das litauische Strafgesetzbuch die öffentliche Billigung, Leugnung oder Rechtfertigung von internationalen Verbrechen und von Verbrechen der Sowjetunion oder Nazideutschlands unter Strafe stellt (Art. 170-2). Die Höchststrafe für die Begehung dieser Straftaten beträgt zwei Jahre Freiheitsentzug¹⁰.

Ein weiteres relevantes Beispiel findet sich im ungarischen Strafrecht, das in ähnlicher Weise eine strafrechtliche Verantwortung für die öffentliche Leugnung von Verbrechen sowohl des nationalsozialistischen als auch des kommunistischen Regimes vorsieht. Solche Handlungen werden mit bis zu drei Jahren Haft geahndet¹¹.

In der Ukraine wurde erstmals 2014 beschlossen, einige Arten von Angriffen auf das historische Erinnern unter Strafe zu stellen. Später wurde der Umfang der Kriminalisierung erweitert. Doch trotz der Vernünftigkeit der Regelungsabsicht wurde dies leider nicht perfekt umgesetzt. Der folgende Teil der Studie befasst sich mit den Aspekten, die den aktuellen Stand und die aktuellen Entwicklungsschritte der Strafgesetzgebung in diesem Bereich aufzeigen.

⁹ Gegužės 1-ąją įsigalioja viešųjų erdvių desovietizacijos įstatymas / Lietuvos Respublikos Seimas (2023 m. balandžio 28 d.) [Das Gesetz über die Entsowjetisierung des öffentlichen Raums tritt am 1. Mai in Kraft / Seimas der Republik Litauen (28. April 2023)]. URL: https://www.lrs.lt/sip/portal.show?p_r=35403&p_k=1&p_t=284659.

¹⁰ Quelle: <https://www.infolex.lt/ta/66150> \t "_blank [Strafgesetzbuch der Republik Litauen] / Infolex. URL: <https://www.infolex.lt/ta/66150:str170-2>.

¹¹ 2012. évi C. törvény a Büntető Törvénykönyvről [Gesetz 2012:C über das Strafgesetzbuch] / Wolters Kluwer Hungary Kft. URL: <https://www.facebook.com/wolterskluwerhu>.

III. Die aktuelle Strafrechtspolitik der Ukraine zum Schutz des historischen Erinnerns (in Bezug auf die Opfer und Folgen des Sowjetregimes): Eine Studie über den Stand der Gesetzgebung und ihre Entstehungsgeschichte

Einer der ersten Schritte zum strafrechtlichen Schutz des historischen Erinnerns war die Entscheidung, die öffentliche Leugnung oder Rechtfertigung der Verbrechen des Faschismus, die Propaganda der neonazistischen Ideologie und die Herstellung und/oder Verbreitung von Materialien, die die Verbrechen der Faschisten und ihrer Anhänger rechtfertigen, zu kriminalisieren (Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs der Ukraine)¹². Diese Entscheidung wurde auf dem Höhepunkt der Revolution der Würde verabschiedet und spiegelte in erster Linie die pro-russische politische Haltung der damals herrschenden Elite wider¹³. Im Ergebnis ähnelte das Konzept des strafrechtlich geschützten historischen Erinnerns tatsächlich der offiziellen Position des russischen Regimes.

Die einschlägige Strafrechtsnorm war so konstruiert, dass der Umfang der Verantwortlichkeit künstlich eingeschränkt wurde, indem sie auf Handlungen reduziert wurde, die sich nur auf die Propagierung des Nationalsozialismus als hasserfüllte Ideologie bezogen. Gleichzeitig hat es eine ebenso verbrecherische Ideologie eine Besonderheit des sowjetischen Regimes, insbesondere in der Zeit der Stalinherrschaft gegeben.

Angesichts der Regierungswechsel nach der Revolution der Würde verabschiedete die Ukraine ein Jahr später das Gesetz „Über die Verurteilung des kommunistischen und des nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes in der Ukraine und das Verbot der Propagierung ihrer Symbole“. In der Präambel dieses Gesetzes heißt es, dass es mit dem Ziel verabschiedet wurde, die historische und soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen und eine Wiederholung der Verbrechen des nationalsozialistischen und des kommunistischen totalitären Regimes zu verhindern.

Mit diesem Gesetz wurde auch Art. 436-1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs geändert und die Herstellung und Verbreitung von kommunistischen und nationalsozialistischen Symbolen sowie die Propaganda für kommunistische und nationalsozialistische totalitäre Regime unter Strafe gestellt¹⁴.

¹² Про внесення зміни до Кримінального кодексу України щодо відповідальності за заперечення чи виправдання злочинів фашизму: Закон України / Верховна Рада України [Über die Änderung des Strafgesetzbuchs der Ukraine betreffend die Verantwortlichkeit für die Leugnung oder Rechtfertigung der Verbrechen des Faschismus: Gesetz der Ukraine / Verchovna Rada der Ukraine]. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/735-18#n5>.

¹³ Dabei sollten auch die früheren Versuche der im Parlament vertretenen Kommunisten berücksichtigt werden, eine falsche und völlig einseitige Sicht der Ereignisse der Vergangenheit durchzusetzen und dabei die sowjetischen Gräueltaten zu ignorieren. Schließlich wurde dieser Ansatz in die Praxis umgesetzt (Осіб, що заперечують злочини фашизму і сталінізму, пропонують штрафувати / ЮрЛіга (17 вересня 2012 р.) [Personen, die die Verbrechen des Faschismus und Stalinismus leugnen, sollen mit einer Geldstrafe belegt werden / JurLiga (17. September 2012)]. URL: https://jurliga.ligazakon.net/news/72412_osb-shcho-zaperechuyut-zlochini-fashizmu--stalnzmu-proponuyut-shtrafuvati).

¹⁴ Про засудження комуністичного та націонал-соціалістичного (нацистського) тоталітарних режимів в Україні та заборону пропаганди їхньої символіки: Закон України / Верховна Рада України [Über die Verurteilung des kommunistischen und nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes in der Ukraine und das Verbot der Propagierung ihrer Symbole: Gesetz der Ukraine / Verchovna Rada der Ukraine].

Der Inhalt dieser Bestimmung bezieht sich auf Handlungen, die in vier alternativen Formen definiert sind: 1) die Herstellung von Symbolen des kommunistischen und nationalsozialistischen totalitären Regimes; 2) die Verbreitung dieser Symbole; 3) ihre öffentliche Verwendung; 4) die öffentliche Aufführung der Hymnen der Sowjetunion (sowie ihrer Republiken) oder ihrer Teile¹⁵.

Zu beachten ist, dass diese bis heute immer noch gültige strafrechtliche Vorschrift dem Verbot des § 86 a des deutschen Strafgesetzbuchs¹⁶ ähnelt. Diese Norm stellt das Verbreiten, Herstellen, öffentliche Verwenden und sonstige Handlungen mit rechtswidrigen Symbolen unter Strafe, zu denen unter anderem auch nationalsozialistische und kommunistische Symbole gehören.

Die Änderungen des Art. 436-1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs haben zu einer besseren Ausgewogenheit des Verbots geführt, was einen gerechteren Umgang mit den schicksalhaften Ereignissen des vergangenen 20. Jahrhunderts und dessen Erinnerung in der ukrainischen Gesellschaft widerspiegelt. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit kann unabhängig von der Art der propagierten Ideologie verhängt werden¹⁷. Gleichzeitig weist diese Bestimmung noch mehrere Schwachstellen auf¹⁸, die, was noch viel wichtiger ist, bislang nicht behoben wurden.

Nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine wurde der strafrechtliche Schutz des historischen Erinnerns mit der Verabschiedung des Gesetzes der Ukraine „Über die Änderung mehrerer Gesetze der Ukraine zur Verschärfung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die Herstellung und Verbreitung verbotener Informationsprodukte“ erweitert¹⁹. Mit diesem Gesetz wurde

URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/317-19#n73>.

¹⁵ Комарницький В. М., Письменський С. О. Підстава кримінальної відповідальності за пропаганду комуністичного та націонал-соціалістичного (нацистського) тоталітарних режимів (загальна характеристика). Вісник Луганського державного університету внутрішніх справ імені Е. О. Дідоренка [Komarnyts'kyj V. M., Pys'mens'kyj S. O., Gründe für die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Propagierung kommunistischer und nationalsozialistischer (nazistischer) totalitärer Regime (allgemeine Merkmale), Bulletin des Luhansker Bildungs- und Wissenschaftsinstitut E.O. Didorenko] 2015, Nr. 3. S. 122-131 (S. 125-127).

URL: <https://luhbulletin.dnuvs.ukr.education/index.php/main/issue/view/38/37>.

¹⁶ Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§ 86a) / Strafgesetzbuch (StGB). URL: https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_86a.html.

¹⁷ Zwischen 1917 und 1991 haben die kommunistischen und nationalsozialistischen totalitären Regime auf dem Gebiet der Ukraine eine Politik des Staatsterrors betrieben, die durch zahlreiche Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet war. Mit diesen Worten beginnt die Erläuterung des Gesetzentwurfs zur Änderung von Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs der Ukraine (Про засудження комуністичного та націонал-соціалістичного (нацистського) тоталітарних режимів в Україні та заборону пропаганди їх символіки: проект Закон України (№ 2558 від 6.4.2015) / Верховна Рада України [Über die Verurteilung des kommunistischen und nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes in der Ukraine und das Verbot der Propagierung ihrer Symbole: Gesetzentwurf der Ukraine (Nr. 2558 vom 6.4.2015)]. URL: https://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_2?pf3516=2558&skl=9).

¹⁸ Письменський С. О. Кримінально-правова охорона національної та історичної пам'яті: плутаний шлях законодавця. Вісник Асоціації кримінального права України [Pys'mens'kyj S. O., Strafrechtlicher Schutz des nationalen und historischen Erinnerns: der verwirrende Weg des Gesetzgebers, Bulletin der Strafrechtsvereinigung der Ukraine] 2015, Nr. 1 (4), S. 253-271 (S. 267-270).

¹⁹ Про внесення змін до деяких законодавчих актів України щодо посилення кримінальної відповідальності за виготовлення та поширення забороненої інформаційної продукції: Закон України / Верховна Рада України [Über die Änderung mehrerer Gesetze der Ukraine zur Verschärfung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die Herstellung und Verbreitung verbotener Informationsprodukte: Gesetz der Ukraine / Verchovna Rada der Ukraine]. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2110-20#n20>.

das ukrainische Strafgesetzbuch um Art. 436-2 erweitert, der die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Rechtfertigung, Anerkennung als rechtmäßig oder Leugnung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine (die 2014 begann) sowie die Verherrlichung ihrer Teilnehmer vorsieht. Wie zu sehen ist, zielt die neue strafrechtliche Bestimmung darauf ab, sowohl das zeitgenössische nationale Erinnern als auch das historische Erinnern zu schützen, allerdings nur im Kontext der Ereignisse des russisch-ukrainischen Kriegs. Es liegt auf der Hand, dass dieser Kontext auf andere, ebenso bedeutsame historische Ereignisse der Sowjetzeit ausgeweitet werden sollte, insbesondere auf die öffentliche Leugnung oder Rechtfertigung der Verbrechen des totalitären kommunistischen Regimes, das die Ukraine regierte, als sie Teil der Sowjetunion war. Ein ähnlicher Ansatz, der auf der Verantwortlichkeit für Propaganda totalitärer Ideologien im Allgemeinen oder verbotener Parteien oder Organisationen im Besonderen beruht, wird in der Praxis in verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, einschließlich der oben genannten, angewandt.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Propagierung verbotener (hasserfüllter) Ideologien und die Rechtfertigung von Verbrechen, die von ihren Vertretern begangen werden, einen gesonderten Grund für die strafrechtliche Verantwortlichkeit bilden sollten. Schließlich kann ein solches Verhalten Hass zwischen Menschen schüren, das historische Erinnern an entscheidende Ereignisse der Vergangenheit entehren und gute Voraussetzungen für die Begehung schwerer Verbrechen in der Zukunft schaffen, einschließlich des Verbrechens der Aggression. In der Ukraine ist dies besonders dringlich, wenn es darum geht, das Andenken an die zahlreichen Opfer des totalitären Sowjetregimes zu ehren, eine Haltung, die in der ukrainischen Gesellschaft immer kompromissloser wird.

IV. Anwendungspraxis des Strafrechts auf Straftäter, die Taten gegen das historische Erinnern an die Opfer und Folgen des kommunistischen totalitären Regimes begangen haben

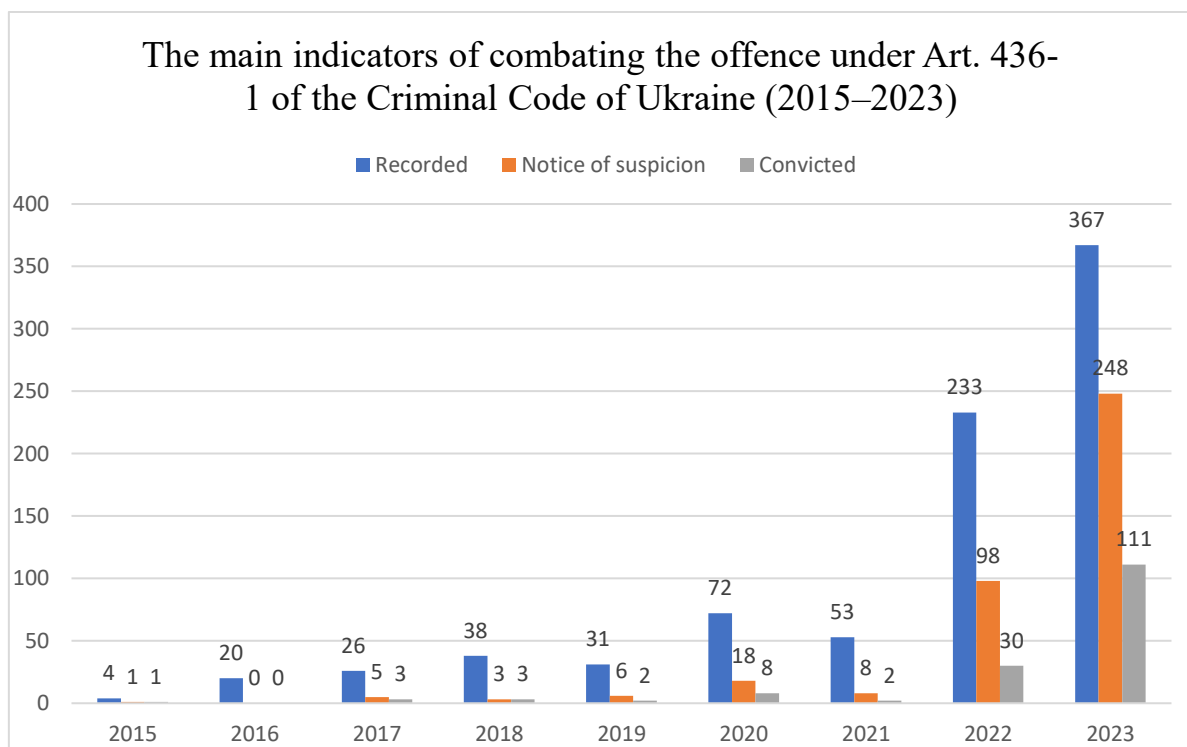
Die strafrechtliche Bestimmung des Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs der Ukraine, die auf den Schutz des historischen Erinnerns an die Opfer und die Folgen des kommunistischen totalitären Regimes abzielt, wird von den Strafverfolgungsbehörden in recht begrenztem Umfang angewendet. Ihre Bedeutung im Bereich der Strafverfolgung zeigt sich in der Kriminalstatistik, die grundlegende Daten über die Zahl der registrierten Straftaten, die Zahl der Verdachtsfälle einer Straftat und die Zahl der verurteilten Personen erfasst²⁰.

Diese Daten zeigen, dass die Zahl der Straftaten nach Art. 436-1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs seit 2015 jedes Jahr gestiegen ist, bis 2022 ein echter Anstieg zu verzeichnen war. Es besteht

²⁰ Einheitlicher Bericht der Generalstaatsanwaltschaft über Straftaten (Formblatt 1); Bericht der staatlichen Justizverwaltung der Ukraine über verfolgte Personen und Arten der strafrechtlichen Verfolgung (Formblatt 6).

kein Zweifel, dass diese Situation auf den Beginn der zweiten Phase des russisch-ukrainischen Kriegs am 24. Februar 2022 zurückzuführen ist. Darüber hinaus bestätigt dies einmal mehr, dass es in diesem Krieg nicht nur um das Recht auf eine unabhängige Existenz, Unabhängigkeit oder territoriale Integrität geht, sondern auch um die historische Erinnerung. Seit vielen Jahren tut das russische Regime alles, um diese Erinnerung zu entstellen, die historischen Tatsachen zu verdrehen und die Menschen glauben zu machen, dass die sowjetische Periode der Koexistenz keine Verurteilung verdiene. Der entsprechende Einfluss wurde mit allen verfügbaren Mitteln an die Bürger der Ukraine weitergegeben, von denen viele die sowjetische Vergangenheit tolerierten und sogar vermissten.

Ein ähnlicher Anstieg ist bei Personen zu beobachten, die verdächtigt werden, eine Straftat nach Art. 436-1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs begangen zu haben, sowie bei Personen, die wegen der Begehung einer solchen Straftat verurteilt wurden. Besonderes Augenmerk sollte auf das vergangene Jahr 2023 gelegt werden (ein komplettes Kalenderjahr, in dem der Krieg mit hoher Intensität andauerte). In dem Jahr wurden von 100 % aller erfassten Taten in 68 % der Fälle Personen verdächtigt, die Straftaten begangen zu haben, und in 30 % der insgesamt erfassten Straftaten gemäß Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs der Ukraine wurden diese Personen von einem Gericht verurteilt. Bemerkenswert ist, dass seit der Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die Propagierung von kommunistischen und nationalsozialistischen Symbolen kein einziger Freispruch (0 %) ergangen ist, wenn man bedenkt, dass im Allgemeinen 0,3 % aller Straftaten als solche registriert wurden.



Im Folgenden wird anhand der Ressourcen des US-amerikanischen Registers der Gerichtsentscheidungen versucht, nach Art 436-1 des Strafgesetzbuchs ergangenen Urteile zu analysieren, die

nach der Invasion der Ukraine durch russische Truppen (2022-2024) gefällt wurden, da in diesem Zeitraum die Zahl dieser Straftaten stark anstieg.

Erstens bezieht sich die absolute Mehrheit der Urteile, mit denen Täter wegen einer Straftat nach Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs verurteilt werden, auf die Propaganda des kommunistischen totalitären Regimes. Von den sechzehn untersuchten Urteilen, die im Jahr 2024 (Januar-März) getroffen wurden, betraf keines die Propaganda des totalitären Naziregimes. Diese Daten widerlegen eindeutig die Behauptungen der russischen Regierungsvertreter, sie würden in der Ukraine gegen ein „neonazistisches Regime“ oder „Nazis“ kämpfen, die sie beschuldigen, die ukrainische Regierung zu kontrollieren. Laut *Timothy Snyder* verwendet die russische Propaganda eine spezielle Definition des Wortes „Nazi“: „Ein Nazi ist ein Ukrainer, der sich weigert, sich als Russe zu wahrzunehmen“²¹.

Zweitens ist die absolute Mehrheit der Urteile, mit denen Personen wegen Propaganda für das totalitäre kommunistische Regime verurteilt werden, von der gleichen Art und betreffen das Teilen und Veröffentlichen der Symbole dieses Regimes in sozialen Medien. Von sechzehn verfügbaren und veröffentlichten Urteilen nach Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs, die zwischen Januar und März 2024 ergangen sind, haben vierzehn, also 87 %, diese Tatsachengrundlage gemeinsam. Die einzigen Unterschiede betreffen das soziale Medium, die Art des Symbols und die Zahl der Teilungen.

Das folgende Beispiel kann die tatsächlichen Umstände solcher Straftaten veranschaulichen. Eine Person wurde wegen der Verbreitung kommunistischer Symbole (Art. 436-1 Abs. 1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs) verurteilt, weil sie auf ihrer Seite mit freiem Zugang zur Ansicht durch andere Nutzer die Funktionen „Gefällt mir“ und „Teilen“ im „Feed“ des russischen sozialen Netzwerks „Odnoklassniki“ anklickte, wo sie unter anderem ein Bild des Emblems der Sowjetunion in Kombination mit dem sowjetischen fünfzackigen Stern und Hammer und Sichel, ein Bild des Territoriums der Sowjetunion mit folgendem Text auf Russisch postete: „Wir sind in der UdSSR geboren! Wenn Sie in der UdSSR geboren sind, geben Sie uns ein 'LIKE'!!!“, ein Bild des Emblems der Sowjetunion mit den Worten auf Russisch: „Ich schäme mich nicht, dass ich in der Sowjetunion geboren wurde; ich verurteile die siebzig sowjetischen Jahre nicht; im Gegenteil, ich war immer sehr stolz darauf, dass in dem großen Staat Licht erschienen ist“, Bilder der sowjetischen Parteiführer mit den sowjetischen Emblemen und Bilder von Banknoten der Sowjetunion mit den Symbolen fünfzackiger Stern, Hammer und Sichel²².

Andere Aktionen, die eine Minderheit der untersuchten Fälle darstellen, spiegeln sich in folgendem Verhalten wider: Verteilen von Flugblättern mit dem Bild eines gekreuzten Hammers und

²¹ See <https://substack.com/@snyder>, T. Russia's genocide handbook / (April 08, 2022). URL: <https://snyder.substack.com/p/russias-genocide-handbook?s=r>.

²² Vyrok Zarichnenskoho raionnoho sudu Rivnenskoj oblasti vid 18 bereznia 2024 r. u spravi № 561/403/24 [Urteil des Kreisgerichts Zarichna des Gebiets Rivne vom 18. März 2024 in der Rechtssache Nr. 561/403/24], Einheitliches staatliches Register der Gerichtsentscheidungen. URL: <https://reyestr.court.gov.ua/Review/117731015> [auf Ukrainisch].

einer Sichel²³; Erstellen einer Werbung auf einer Website für den Verkauf einer Fahne mit der Aufschrift „Übergangsfahne für hohe Leistungen im sozialistischen Wettbewerb“ auf einer Seite, auf rotem Hintergrund, mit dem Emblem der UdSSR, das die Kombination aus Hammer und Sichel und fünfzackigem Stern wiedergibt; und *Wladimir Lenins* Porträt und Slogans, mit zwei Farbfotografien, die die entsprechenden Symbole zeigen²⁴.

Drittens ist anzumerken, dass die Begehung einer Straftat nach Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs in einigen Fällen anderen ähnlichen Straftaten im Zusammenhang mit der Verletzung der historischen und nationalen Erinnerung vorausgeht, wie zum Beispiel Art. 436-2 des Strafgesetzbuchs („Rechtfertigung, Anerkennung als rechtmäßig oder Leugnung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, Verherrlichung ihrer Teilnehmer“). Beispielsweise hat in einem der Fälle der Verurteilte zunächst im Jahr 2021 und Anfang 2022 systematisch Propaganda für das totalitäre kommunistische Regime betrieben und insbesondere verbotene Symbole des totalitären kommunistischen Regimes in Form eines Bildes der Staatsflagge der UdSSR, Attribute, die eine Kombination aus Hammer und Sichel, einen fünfzackigen Stern etc. wiedergeben, auf dem sozialen Netzwerk Odnoklassniki veröffentlicht. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine setzte er seine kriminellen Aktivitäten fort und beging Handlungen, die mit der Rechtfertigung, Anerkennung der Rechtmäßigkeit und Leugnung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation zusammenhängen. Er nutzte auch soziale Medien, um eine Reihe von Veröffentlichungen auf seiner Seite zu teilen, die die russische Aggression gegen die Ukraine rechtfertigten oder leugneten und den Aggressor verherrlichten²⁵.

Mit anderen Worten, wie wir sehen, kann die Verbreitung der kommunistischen totalitären Ideologie oder der entsprechenden Symbole mit anderen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit kombiniert werden, insbesondere mit Kollaboration oder damit zusammenhängenden Verbrechen gegen den internationalen Frieden, von denen eines im Beispiel gezeigt wurde. In diesem Fall ist die Propagierung der kommunistischen totalitären Ideologie eine Art Vorbedingung für weitere kriminelle Loyalität gegenüber dem Feind.

Viertens ist die Anwendungspraxis von Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs leider nicht fehlerfrei. Ihre Untersuchung zeigt, dass in einigen Fällen die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Propa-

²³ Vyrok Solom'ianskoho raionnoho sudu m. Kyieva vid 14 liutoho 2024 r. u spravi № 760/19637/22 [Urteil des Solomianskyi-Kreisgerichts von Kyiv vom 14. Februar 2024 in der Rechtssache Nr. 760/19637/22], Einheitliches staatliches Register der Gerichtsentscheidungen. URL: <https://reyestr.court.gov.ua/Review/117002048> [auf Ukrainisch].

²⁴ Vyrok Buskoho raionnoho sudu Lvivskoi oblasti vid 10 sichnia 2024 r. u spravi № 943/2025/21 [Urteil des Kreisgerichts Busk des Gebiets L'viv vom 10. Januar 2024 in der Rechtssache Nr. 943/2025/21], Einheitliches staatliches Register der Gerichtsentscheidungen. URL: <https://reyestr.court.gov.ua/Review/116226468> [auf Ukrainisch].

²⁵ Vyrok Novovodolazkoho raionnoho sudu Kharkivskoi oblasti vid 1 bereznia 2024 r. u spravi № 631/1166/23 [Urteil des Kreisgerichts Novovodolazhsky des Gebiets Charkiv vom 1. März 2024 in der Rechtssache Nr. 631/1166/23], Einheitliches staatliches Register der Gerichtsentscheidungen. URL: <https://reyestr.court.gov.ua/Review/117384519> [auf Ukrainisch].

gierung des kommunistischen totalitären Regimes in Ermangelung eines *actus reus* eintritt (dieses Problem verdient eine gesonderte Betrachtung) oder der festgestellte Tatbestand Anzeichen von Geringfügigkeit aufweist (Art. 11 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs der Ukraine). Die Situation der Geringfügigkeit lässt sich anhand des folgenden Beispiels veranschaulichen. Eine Person wurde wegen einer Straftat gemäß Art. 436-1 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs verurteilt, da sie die Symbole des kommunistischen totalitären Regimes in Form von Bildern von *Leonid Brežnev*, dem Staatswappen und der Staatsflagge der UdSSR durch Drücken des „Gefällt mir“-Buttons und deren Verwendung auf ihrer öffentlichen Seite im sozialen Netzwerk Odnoklassniki geteilt hatte²⁶. Es ist zweifelhaft, ob solche Handlungen das für eine Straftat typische Maß an sozialer Schädlichkeit erreichen, es sei denn, sie werden systematisch über einen relativ langen Zeitraum begangen.

Unmittelbar nach der Einführung der Strafbarkeit für das Verwenden von kommunistischen und nationalsozialistischen Symbolen im Jahr 2015 habe ich folgende Warnung ausgesprochen: Die Notwendigkeit der Kriminalisierung des öffentlichen Verwendens solcher Symbole ist fraglich. Die Art und der Grad der öffentlichen Gefahr scheinen nicht auszureichen, um diese Form von Verhalten zu kriminalisieren. Zumindest kann ein solches Verhalten nur unter Einsatz von Medien als kriminell angesehen werden. Darüber hinaus verstehen die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden die Bestimmung über die Geringfügigkeit einer Handlung (Art. 11 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs) leider nicht immer richtig, was zur strafrechtlichen Verfolgung von Personen führen kann, die keinen erheblichen Schaden verursachen konnten und dies auch nicht getan haben²⁷. Die Untersuchung der Anwendungspraxis dieser strafrechtlichen Bestimmung hat bestätigt, dass die seinerzeit geäußerten Bedenken nicht unbegründet waren.

Fünftens darf die Analyse des Umfangs der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Personen, die wegen einer Straftat nach Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs verurteilt wurden, nicht außer Acht gelassen werden²⁸. Die Anwendungspraxis dieses Artikels in diesem Kontext zeigt eine interessante Tendenz. Von den sechzehn Urteilen, die im Jahr 2024 bis zum 1. April ergangen sind, sah nur eines einen Freiheitsentzug mit Vollstreckung vor. Diese Strafe wurde jedoch in Verbindung mit schweren Straftaten verhängt. In den übrigen Urteilen wurde eine Person zu einer geringeren Strafe als der Sanktion nach Art. 69 des Strafgesetzbuchs verurteilt (zwei Urteile), oder die Person wurde von der

²⁶ Vyrok Rivnenskoho miskoho sudu vid 8 bereznia 2024 r. u spravi № 569/4103/24 [Urteil des Stadtgerichts von Rivne vom 8. März 2024 in der Rechtssache Nr. 569/4103/24], Einheitliches staatliches Register der Gerichtsentscheidungen. URL: <https://reyestr.court.gov.ua/Review/117574512> [auf Ukrainisch].

²⁷ Письменський Є. О. Кримінально-правова охорона національної та історичної пам'яті: плутаний шлях законодавця. Вісник Асоціації кримінального права України [Pys'mens'kyj Ė. O., Strafrechtlicher Schutz des nationalen und historischen Erinnerns: der verwirrende Weg des Gesetzgebers, Bulletin der Strafrechtsvereinigung der Ukraine] 2015, Nr. 1 (4), S. 253-271 (S. 268).

²⁸ Die Strafmaßnahme des Art. 436-1 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs der Ukraine (Grunddelikt ohne erschwerende Umstände) sieht eine Bestrafung in Form einer Freiheitsbeschränkung von bis zu fünf Jahren oder einer Freiheitsstrafe von gleicher Dauer mit oder ohne Einziehung des Vermögens vor.

Verbüßung eines Freiheitsentzugs mit der Möglichkeit der Bewährung befreit (dreizehn Urteile). In mehr als der Hälfte der Fälle (neun Urteile) wurden Geständnisvereinbarungen getroffen.

Derzeit ist Art. 436-1 Abs. 1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs als geringfügiges Verbrechen mit einer Höchststrafe von fünf Jahren Freiheitsentzug eingestuft. Selbst eine bruchstückhafte Untersuchung der aktuellen (diesjährigen) Praxis zeigt, dass der Schweregrad zu hoch ist. In der Gerichtspraxis wird dies überhaupt nicht berücksichtigt, Strafen werden entweder nicht direkt mit einem Freiheitsentzug verbunden oder führen nicht zu dessen tatsächlicher Verbüßung (Bewährung). Aus diesem Grund sollten die rechtswidrigen Handlungen, die derzeit unter Art. 436-1 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs fallen und mit der Propaganda von kommunistischen, nazistischen und möglicherweise anderen Symbolen zusammenhängen, als geringfügige Vergehen betrachtet werden. Das Strafgesetzbuch sieht für diese Art von Straftaten keinen Freiheitsentzug vor.

V. Bekämpfung der Verbreitung der raschistischen Ideologie und ihrer Symbole: eine neue Herausforderung für das Strafrecht

Wie bereits festgestellt wurde, hat der derzeitige russisch-ukrainische Krieg die Frage des rechtlichen Schutzes des historischen Erinnerns in der Ukraine erheblich verschärft. Die ukrainische Gesellschaft wandelt sich zu einer einheitlichen politischen Nation, die bereits eine eindeutigere Haltung gegenüber der totalitären sowjetischen Vergangenheit hat. Diese Einstellung wird immer negativer, denn vor dem Hintergrund der seit drei Jahren andauernden russischen Aggression bietet sich eine echte Gelegenheit, die Methoden zu beobachten, mit denen die russischen Anhänger der sowjetischen Vergangenheit versuchen, diese auf dem Territorium eines demokratischen Staates wiederherzustellen, dessen Bevölkerung bis 2014 friedlich zusammengelebt hat.

Die heutige russische Ideologie, die unter der Herrschaft des Diktators *Vladimir Putin* vorherrschend geworden ist, basiert in der Tat auf der Ideologie des früheren Sowjetregimes und reproduziert sie weitgehend. Tatsächlich greifen die russischen Regierungsvertreter zunehmend auf ähnliche Methoden zurück, um das Land zu regieren, indem sie autokratisch handeln und die von den Bolschewiki erprobten Taktiken der Unterdrückung und des Terrors anwenden. *V. Viatrovyč* ist der Meinung, dass Russland, wenn es sich rechtzeitig vollständig entkommuniziert hätte, seine imperialen Ambitionen verloren hätte, was den russisch-ukrainischen Krieg höchstwahrscheinlich unmöglich gemacht hätte²⁹.

²⁹ За збереженням советського стоїть бажання відновити советське (інтерв'ю) / Високий замок (16 вересня 2020 р.) [Hinter der Bewahrung des Sowjetischen steht der Wunsch, das Sowjetische wiederherzustellen (Interview) / Vysokyj zamok (16. September 2020)]. URL: <https://wz.lviv.ua/interview/420505-za-zberezheniam-sovietskoho-stoit-bazhannia-vidnovyty-sovietske>.

V. Putin selbst hat in seinen öffentlichen Reden zum Zusammenbruch der Sowjetunion, der seiner Meinung nach die größte geopolitische Tragödie des 20. Jahrhunderts war, den Wunsch geäußert, das frühere Sowjetreich, oder etwas Ähnliches, wiederherzustellen³⁰. Am 24. Februar 2022 versuchte er mit einem unprovokierten bewaffneten Angriff auf das Territorium eines unabhängigen Staates, seine Pläne in die Tat umzusetzen und den Ukrainern eine aktualisierte Ideologie alten Typs, den so genannten Raschismus, aufzuzwingen. Dies ist die neueste Version des „russischen Faschismus“, den man auch als Putinismus bezeichnen kann, d.h., des modernen [rusländischen] faschistischen Totalitarismus, der Staatstheorie und -praxis darstellt³¹.

Am 2. Mai 2023 verabschiedete das ukrainische Parlament die Erklärung der Verchovna Rada der Ukraine „Über die Verwendung der Ideologie des Raschismus durch das politische Regime der Russischen Föderation und die Verurteilung der Prinzipien und Praktiken des Raschismus als totalitär und menschenfeindlich“, in der die Merkmale und Folgen des Raschismus definiert und wie folgt verstanden werden: als eine neue Art von totalitärer Ideologie und Praktiken, die dem in der Russischen Föderation unter der Führung von *V. Putin* gebildeten Regime zugrunde liegen und auf den Traditionen des russischen Chauvinismus und Imperialismus, den Praktiken des kommunistischen Regimes der Sowjetunion und des Nationalsozialismus beruhen³². Experten, Journalisten und Akademiker verwenden in ihren Studien ähnliche Ansätze³³.

Diese Ansätze spiegeln in angemessener Weise die Ähnlichkeiten zwischen Kommunismus, Nazismus und Raschismus wider, die gleichermaßen hasserfüllte Ideologien sind. Die Verbrechen, die im 20. Jahrhundert begangen wurden, und die, die jetzt im 21. Jahrhundert auf der Grundlage der entsprechenden Ideologie begangen werden, sind miteinander verbunden. Die Ukrainer haben unter

³⁰ Розпад СРСР став для Путіна найважливішою подією в житті / Дзеркало тижня (21 липня 2017 р.) [Der Zusammenbruch der UdSSR wurde für Putin zum wichtigsten Ereignis in seinem Leben / Dzerkalo tyzhnja (21. Juli 2017)]. URL: https://zn.ua/ukr/WORLD/rozpad-srsr-stav-dlya-putina-nayvazhlyvishoyu-podiyeyu-v-zhitti-249210_.html.

³¹ Що таке рашизм? / Український інститут національної пам'яті [Was ist Raschismus? / Ukrainisches Institut für nationale Erinnerung]. URL: <https://uinp.gov.ua/informaciyni-materialy/rosiysko-ukrayinska-viyna-istorychnyy-kontekst/istorykunya-larysa-yakubova-shcho-take-rashyzm>.

³² Про Заяву Верховної Ради України «Про використання політичним режимом російської федерації ідеології рашизму, засудження засад і практик рашизму як тоталітарних і людиноненависницьких»: Постанова / Верховна Рада України [Über die Erklärung der Verchovna Rada der Ukraine „Über die Verwendung der Ideologie des Raschismus durch das politische Regime der Russischen Föderation und die Verurteilung der Prinzipien und Praktiken des Raschismus als totalitär und menschenfeindlich“: Verordnung / Verchovna Rada der Ukraine]. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/3078-IX#Text>.

³³ Snyder T. The War in Ukraine Has Unleashed a New Word / The New York Times (April 22, 2022). URL: <https://www.nytimes.com/2022/04/22/magazine/ruscism-ukraine-russia-war.html>; Енн Еплбаум: Путін пропонує лише про-довження війни / BBC News Україна (7 вересня 2022 р.) [Anne Applebaum: Putin bietet nur die Fortsetzung des Kriegs an / BBC News Ukraine (7. September 2022)]. URL: <https://www.bbc.com/ukrainian/features-62796829>; Лавришин Ю. Рашизм як явище. Від мему до наукового та юридичного терміна / Детектор медіа (28 травня 2023 р.) [Lavryshyn Ju., Raschismus als Phänomen, Vom Hype zum wissenschaftlichen und juristischen Begriff / Detector Media (28. Mai 2023)]. URL: <https://ms.detector.media/trendi/post/32063/2023-05-28-rashyzm-yak-yavyshe-vid-memu-donaukovogo-ta-yurydychnogo-terminal/>.

jedem dieser totalitären Regime gelitten und leiden weiterhin darunter. Im Namen des Raschismus begehen die Russen unaufhörlich die schrecklichsten internationalen Verbrechen.

Daraus folgt, dass es notwendig ist, die Ansätze der Strafrechtspolitiker zu vereinheitlichen, um den strafrechtlichen Schutz des historischen und nationalen Erinnerns zu gewährleisten sowie die schwersten Verbrechen der Gegenwart zu verhindern. Diese Akteure sollten in Erwägung ziehen, der Propaganda der raschistischen Ideologie entgegenzuwirken und sie genauso zu behandeln wie die nationalsozialistische und kommunistische Ideologie. Insbesondere sollte die strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht nur eine Folge der öffentlichen Leugnung der Verbrechen des nationalsozialistischen und des kommunistischen Regimes, sondern auch des raschistischen Regimes sein. Das Gleiche gilt für die Begehung verschiedener Handlungen wie die Herstellung, Verbreitung, öffentliche Verwendung, etc. von Symbolen, die den Raschismus wiedergeben, zum Beispiel des lateinischen Buchstabens „Z“, der in Russland wie das Hakenkreuz in Nazideutschland zu einem Zeichen der Unterstützung für den militärischen Angriff auf die Ukraine geworden ist. Wie Forscher zu Recht betonen, ist es inzwischen eine allgemein anerkannte Tatsache, dass das russische Symbol «Z» ein Zeichen für den Krieg ist. Es ist ein Symbol für Völkermord, Tod, Grausamkeit und Aggression. Dieser Buchstabe ist auf der Militärausrüstung der Besatzer, in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Gebäuden angebracht, auf ihren Köpfen rasiert, und dergleichen³⁴.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die zukunftsweisende Entwicklung der Strafgesetzgebung in der Ukraine im Hinblick auf den angemessenen Schutz des historischen und nationalen Erinnerns darin besteht, sie wie folgt zu ändern:

1. Die in Art. 436-2 des Strafgesetzbuchs der Ukraine vorgesehene Verantwortlichkeit für die Rechtfertigung und Anerkennung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und die Verherrlichung ihrer Teilnehmer sollte in eine Verantwortlichkeit für die Rechtfertigung und Verleugnung der Verbrechen der nationalsozialistischen, kommunistischen und raschistischen totalitären Regime umgewandelt werden. Das bedeutet, dass der Geltungsbereich dieser Strafnorm auf alle ausgeweitet werden sollte, die hasserfüllte Ideologien verbreiten, unabhängig von ihrer Art, historischen Epoche oder anderen Merkmalen.

2. Die in Art. 436-1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs vorgesehene Verantwortlichkeit für Handlungen im Zusammenhang mit der Verbreitung oder Verwendung von kommunistischen oder nationalsozialistischen Symbolen sollte in eine Verantwortlichkeit für Handlungen im Zusammenhang mit der Verbreitung oder Verwendung von Symbolen umgewandelt werden, die den Kern der folgenden Ideologien widerspiegeln: Kommunismus, Nationalsozialismus und Raschismus. Entspre-

³⁴ Черкасець О. Історія «Z» – світлий символ рашисти перетворили на знак смерті / Україна молода (11 травня 2022 р.) [Čerkasec’ O, Die Geschichte des „Z“ – ein helles Symbol wurde von den Raschisten in ein Todeszeichen verwandelt / Ukraïna moloda (11. Mai 2022). URL: <https://umoloda.kyiv.ua/number/0/196/166241>.

chendes Verhalten sollte jedoch ein geringfügiges Vergehen und kein Verbrechen sein, da der gesellschaftliche Schaden relativ gering ist. Die Ergebnisse der Analyse der Strafverfolgungspraxis bestätigen diese Schlussfolgerung.

Fazit

1. Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 änderte sich die Einstellung der ukrainischen Gesellschaft gegenüber der sowjetischen Zeit allmählich von positiv zu negativ. Diese Veränderungen wurden durch den Krieg, den die Russische Föderation 2014 gegen die Ukraine begann und der voller sowjetischer Ideologien ist, erheblich beeinflusst.

2. Für die moderne Ukraine ist das allgemeine historische Erinnern – und das der sowjetischen Vergangenheit insbesondere – im Kontext des Aufbaus einer ukrainischen politischen Nation von besonderer Bedeutung, und dieser Prozess wird durch den Krieg erschwert. In dieser Hinsicht ist es die Aufgabe der ukrainischen Regierung, das historische Erinnern strafrechtlich zu schützen, was sie 2015 mit der Einführung einer Strafbarkeit für rechtswidrige Handlungen im Zusammenhang mit kommunistischen und nationalsozialistischen Symbolen (Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs der Ukraine) getan hat. Gleichzeitig weist die entsprechende strafrechtliche Bestimmung mehrere offensichtliche Mängel auf, deren Korrektur für eine wirksamere Durchsetzung längst überfällig ist.

3. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen einiger osteuropäischer Länder muss der strafrechtliche Schutz des historischen Erinnerns ausgeweitet werden, indem eine Verantwortlichkeit für die Propagierung verbotener (hasserfüllter) Ideologien und die Rechtfertigung von Straftaten, die von ihren Vertretern begangen werden, eingeführt wird.

4. Eine Studie über die Praxis der Bekämpfung von Angriffen auf das historische Erinnern in der Ukraine hat gezeigt, dass Handlungen unter Verwendung kommunistischer Symbole überwiegend dokumentiert werden. Die meisten dieser Handlungen sind von der gleichen Art und finden im Internet statt. Nach dem Beginn der zweiten Kriegsphase (24. Februar 2022) hat sich eine Praxis entwickelt, bei der die Straftat gemäß Art. 436-1 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs der Ukraine in Verbindung mit einer anderen Straftat gegen das historische (und nationale) Erinnern gemäß Art. 436-2 des Strafgesetzbuchs (über die Verantwortlichkeit für die Leugnung der russischen Aggression usw.) verfolgt wird. Darüber hinaus entspricht die in Art. 436-1 des Strafgesetzbuchs vorgesehene Strafe nicht dem tatsächlichen Grad der von den Richtern festgestellten öffentlichen Gefahr.

5. Die strafrechtliche Reaktion sollte nicht nur die öffentliche Leugnung der Verbrechen des nationalsozialistischen und/oder kommunistischen Regimes, sondern auch des raschistischen Re-

gimes umfassen. Die gleiche Reaktion ist bei der Herstellung, Verbreitung, öffentlichen Verwendung usw. von Symbolen erforderlich, die den Raschismus widerspiegeln.

Informationen zum Autor:

Prof. Dr. Yevhen Pysmenskyy

Leiter der Abteilung für polizeiliche Tätigkeiten am Luhansker Bildungs- und Wissenschaftsinstitut
E.O. Didorenko der Donezker Staatlichen Universität für Innere Angelegenheiten, Kropyvnytskyi

ye.pysmenskyy@gmail.com

Informationen zur Übersetzerin:

Aus dem Englischen übersetzt von

Lea Pheiffer, studentische Hilfskraft am Zentrum für interdisziplinäre Ukrainestudien „Denkraum
Ukraine“